

A2 14.1.2010 BSW

# Versuch mit freier Schulwahl?

Gewerbeverband schiebt neue Debatte an – Meinungen gehen weit auseinander

Wenn so viele mit dem Schulsystem nicht mehr zufrieden seien, müsse man bereit sein, mal einen neuen Weg zu gehen, sagt Gewerbeverbands-Präsident Kurt Schmid. Und löst eine Kontroverse aus.

MATHIAS KÜNG

Kurt Schmid, Präsident des Aargauischen Gewerbeverbandes (AGV), hört aus immer mehr Lehrbetrieben, dass Schulabgängerinnen und -abgänger, die eine Lehre anfangen, von der Schule zu wenig Know-how mitbringen. Jetzt wird die AGV-Arbeitsgruppe Berufsbildung tätig. Sie schaut die Frage eines Versuchs mit privater und öffentlicher Schule gleichberechtigt nebeneinander, zum Beispiel in einem Schulkreis, vertieft an. Die Überlegung dahinter: Konkurrenz bringt Schwung und Vergleichsmöglichkeiten.

Ohne der Kommission vorgreifen zu wollen, fragt Schmid, ob es nicht eine Chance wäre, den Schülern in einem Versuch einen Fallkostenbeitrag (Bildungsgutschein) mitzugeben, den die öffentliche Hand ohnehin entrichtet? Wenn Schüler in eine Privatschule gehen, bekommt diese den Beitrag, sonst die öffentliche Schule. Angst vor einer Zweiklassengesellschaft hat er darob nicht. Er ist überzeugt: Private Schulen könnten in einer echten Vollkostenrechnung finanziell genau so gut zurande kommen wie öffentliche Schulen.

Fände das Gewerbe mit so einer Forderung Unterstützung? Für Lieni Füglistaller, Präsidentin der nationalrätlichen Bildungskommission, ist klar: «Diese Diskussion müs-



ANFORDERUNGEN STEIGEN Eine (öffentliche) Sekundarschule bei der Projektarbeit. ALBRECHT

sen wir führen.» Wenn Eltern zum Beispiel mit Bildungsgutscheinen wählen könnten, ergäbe sich eine Wettbewerbssituation. Das Risiko einer Zweiklassengesellschaft schliesst er nicht aus. Die könnte man mit flankierenden Massnahmen verhindern, sagt Füglistaller. Einem Versuch positiv gegenüber stünde auch der SVP-Grossrat und Bildungspolitiker Beat Unternäh-

rer. Dies könnte die noch dünne Datenbasis verbessern. Ob sich daraus dann die Lösung ergebe, vermag er noch nicht zu sagen.

Für Maja Wanner (FDP), ebenfalls Mitglied der grossrätlichen Bildungskommission, steht die öffentliche Schule gar nicht so schlecht da. Das Verbesserungspotenzial sei auszuschöpfen. Mit in Betracht zu ziehen sei, dass die Anforderungen in den Berufslehren enorm gestiegen seien. Grundsätzlich ist Maja Wanner aber für die freie Schulwahl. Obwohl Freisinnige mit solchen Forderungen im Grossen Rat bisher glorios gescheitert sind, könnte sie sich einen Versuch mit Bildungsgutscheinen vorstellen. Wobei sie die Gefahr einer Gettoisierung der öffentlichen Schule sehr ernst nimmt.

## «Öffentliche Schule stärken»

«Das wäre kein sinnvoller Versuch», meint hingegen Theres Lepori (CVP), Präsidentin der grossrätlichen Bildungskommission. Ei-

ne Konkurrenzsituation mit Privatschulen gebe es schon. Entscheidend sei am Schluss die Leistungsbereitschaft der Schüler. Sie würde es begrüßen, wenn der AGV die positiven Punkte aus Privatschulen in der Reformdebatte für die öffentliche Schule einbrächte.

Ganz klar sind die Prioritäten bei Thomas Leitch, Grossrat und Bildungspolitiker der SP. Er fordert: «Die öffentliche Schule als eine unserer wichtigsten Errungenschaften ist zu stärken.» Gegen einen Versuch mit Bildungsgutscheinen würde er sich entschieden wehren. Denn dies würde die öffentliche Schule schwächen und die Chancengleichheit mindern ist er überzeugt. Das will er auf keinen Fall. Zumal auch, da die Forderung eine Qualitätssteigerung in der Bildung dank Konkurrenz nicht nachweisen könne.

Dies zeigt: Freie Schulwahl wird im Aargau so kontrovers debattiert wie anderswo. Doch die Diskussion hat erst angefangen.

## Update

80 000 Kinder und Jugendliche gehen in der Schweiz in eine Privatschule. Immer wieder kommen Vorschläge für freie Schulwahl. Die Idee dahinter ist, so zu einer besseren Bildung zu kommen. Die Meinungen, ob das gelingt oder ob dadurch die öffentliche Schule geschwächt wird und eine Zweiklassengesellschaft entsteht, gehen weit auseinander. Im Kanton Baselland kam am 30. November 2008 die Initiative «Bildungsvielfalt für alle» zur Ab-

stimmung. Sie forderte die Wahlfreiheit der Eltern zwischen öffentlichen und nichtstaatlichen Schulen. Sie wurde mit 65 207 Nein zu 17 107 Ja haushoch verworfen. Angenommen wurde ein **Gegenvorschlag**. Seither zahlt der Kanton für Schüler, die eine Privatschule besuchen, einen jährlichen Beitrag von 2500 Franken (500 Franken mehr als vorher). Die Diskussion im Nachbarkanton hat also tatsächlich etwas bewegt. Nicht viel zwar, aber immerhin. (MKU)